

Riskante Politik

Warum die deutsche Politik scheitern könnte

Es sieht so aus, als ob Deutschland keine Wahl außer einer schwarz-roten Regierung habe. Aber was ist, wenn die scheitert? Es gibt noch sehr viele Unsicherheiten, die die Pläne von CDU/CSU und SPD zu Altpapier werden lassen könnten.

Der Versuch durch sehr viel Geld die meisten Probleme zu lösen ist ein Rückfall in die Zeit vor der Schuldenbremse (2009 – 2013), weil man erkannte, dass Schuldenmachen nicht genügt, um politisch etwas zu bewegen. Dass überhaupt so viel Geld notwendig zu sein scheint, beruht auf den Versäumnissen der Vergangenheit. Wer hat Bahn, Straßen, Brücken, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser und die Energieversorgung nicht in dem Maße gepflegt, wie es ein vernünftiger Mensch hätte tun müssen? Das sind Versäumnisse christlicher Politik und nicht erst in den letzten drei Jahren durch die Ampel entstanden. Der Kanzlerkandidat hat zwar viel versprochen, aber nicht verraten, woher das Geld dafür kommen soll. Nachdem er jetzt mehrfach umgefallen ist, und Gesetzesverstöße angekündigt hat (Netanjahus Haftbefehl ignorieren will und Asylbewerber an der Grenze zurück weisen, damit sie gar nicht erst Asyl beantragen können), sinkt das Vertrauen in seine Aussagen. Es gibt ja auch in den christlichen Parteien Zweifel an dem, was jetzt geplant wurde, um eine Koalition zu schaffen.

Ob die Rechten mit ihrem Versuch Erfolg haben werden, die Sitzungen noch vor dem Regierungswechsel zu verhindern, bei denen mit einer Zweidrittelmehrheit das Grundgesetz geändert werden soll, ist fraglich. Sie werden jedoch wahrscheinlich so viel Sand ins Getriebe werfen, wie möglich.

Ob Bündnis 90 / die Grünen bereit sind die notwendige Mehrheit zu beschaffen, ist nicht sicher. Wahrscheinlich werden sie die fragwürdige Behandlung durch die Christlichen nicht vergessen und auch nicht, dass ihr Minister Habeck schon vor einem Jahr eine Reform der Schuldenbremse wollte. Sie stecken jetzt in der Klemme zwischen den Interessen ihrer Partei und dem, was vielleicht für das Land sinnvoll sein könnte.

Die Linke kritisiert, dass die unbegrenzte Kreditaufnahme für das Militär ein Blankoscheck sei. Die Milliarden für die Infrastruktur, fürchten sie, könnten auch zum Erfüllen von Wahlversprechen (Mütterrente, Mehrwertsteuersenkung in der Gastronomie) eingesetzt werden. Das kann man bei diesem Kanzlerkandidaten nicht völlig ausschließen. Er meint, Scheitern sei keine Option; als ob er das allein in der Hand hätte. Das hätte er gerne...

Angenommen die Änderung des Grundgesetzes zwecks Finanzierung von Militär und Infrastruktur gelingt, dann könnte die Regierungsbildung gelingen. Aber es könnte auch sein, dass ein Rechtsstreit die ganze Finanzierung in Frage stellt und das Geld genau so fehlt, wie bei der Ampel, als gerichtlich fest gestellt wurde, dass vorhandenes Geld nicht einfach übertragen werden konnte. Käme etwas Ähnliches, würde das den Spielraum der Koalition erheblich einschränken.

Kommt die Grundgesetzänderung und damit die Finanzierung nicht, sind die Probleme noch größer, denn Dank Putin und Trump muss Europa aufrüsten. Es wär ja schön, wenn man auch noch einen Plan B hätte, wie man den Frieden mit weniger Waffen sichern könnte, aber es sieht leider nicht so aus, als ob es dafür irgendwo eine Idee gäbe.

Klappt die Gesetzesänderung und damit die Aufnahme von Schulden in Milliardenhöhe nicht, oder nur zum Teil, ist der Spielraum der nächsten Regierung außerordentlich klein, so dass die meisten Wahlversprechen nicht umsetzbar sind. Dafür wird man aber überall sparen müssen, so dass viele Pläne nicht umsetzbar werden. Das wird den Bürgern nicht gefallen, weil ihr Wohlstand und ihre Lebensqualität sinken werden. Erst recht, falls die Steuern erhöht werden (müssen). Das kann den Rechten weitere Wähler bringen.

Was ist, wenn die Koalition platzt, weil ohne Geld der politische Handlungsspielraum zu klein zu werden droht? Eine Möglichkeit wäre ähnlich, wie in Österreich sich in einem zweiten Anlauf zu einer größeren Koalition mit den Grünen zusammen zu raufen. Dann fehlt aber im Bundestag eine ernsthafte Opposition, die der Regierung auf die Finger schaut. Die Linke - so klug ihre Fragen manchmal sind - wäre damit überfordert und die Rechten haben ganz andere Interessen.

Eine andere Möglichkeit wären Neuwahlen, bei denen die Rechten noch stärker werden könnten. Das löst keine Probleme, gefährdet aber die Stabilität Deutschlands und der Europäischen Union. Das Erstarken der Rechten im Osten droht jetzt schon das Land zu spalten.

Eine andere Möglichkeit wäre, dass der Kanzlerkandidat wieder einmal umfällt und mit den Rechten zusammen arbeitet. Dadurch würde Deutschland weiter nach rechts rücken und bei den Nachbarn Ängste auslösen. Ob es dann Unruhen gäbe, oder ob die EU auseinander bräche, ist schwer einzuschätzen.

Die meisten der skizzierten Entwicklungen lösen die internationalen Probleme nicht, so dass diese sich eher noch verschärfen könnten.

Angenommen es gelänge die Finanzierung, wie geplant, umzusetzen, dann bedeutet das, dass das Land auf Jahre hinaus sparen muss, um die Schulden zu tilgen. Damit werden viele wünschenswerte Pläne undurchführbar, weil man eben viel zu lange nichts oder zu wenig getan hat, um das Land in einem guten Zustand zu halten. Man sieht das ja an der Bahn. Die Fehler reichen bis in die Ära Helmut Kohl zurück und sind mit Sicherheit nicht rasch zu beheben.

Wie werden die Bürger darauf reagieren? Auch einfache, kleine Leute spüren, dass die Lage nicht gut ist und Einiges schief läuft. Dass sie daraus zum Teil die falschen Schlüsse ziehen und die Extreme wählen, weil sie den etablierten Parteien nicht mehr trauen, ist verständlich, aber verschärft die Probleme nur. Populismus wächst dort besonders gut, wo der Bürger sich von den Etablierten arrogant im Stich gelassen fühlt und, wo durch angeblich „soziale“ digitale Medien die Gerüchteküche ständig neue Nahrung bekommt. Populismus ist ein Zeichen für Vertrauensverlust! Vertrauen aber wächst nur sehr langsam und über große Zeiträume.

Wem könnte man denn vertrauen? Den Christlichen, die einen erheblichen Teil der Probleme zu verantworten haben? Wohl eher nicht. Dem Rest der Ampel (rot-grün)? Das fiele ebenfalls schwer, auch, wenn der Störenfried FDP nicht mehr im Parlament ist. Zudem fehlen ihnen seit der Wahl die nötigen Stimmen. Es gibt sogar eine Sperrminorität, die Grundgesetzänderungen verhindern kann, weshalb man es jetzt so eilig hat. Man hat eben viel zu lange das Erstarken der Rechten als vorübergehende Mode (wie bei NPD und Republikanern) unterschätzt und sie nicht energisch genug bekämpft. Jetzt wird es schwierig.

Sollte man versuchen die Rechten einzubinden und sie dadurch vorzuführen, dass sie auch keine Lösungen für die Probleme haben? Das ist vor rund hundert Jahren schon einmal schief gegangen. Das Ziel der Rechten ist die Macht, nicht aber das Wohl des Landes oder seiner Bürger. Sobald sie an der Macht sind, hat der Wähler seine Schuldigkeit getan und kann sehen, wo er bleibt. Vielleicht zeigt sich in östlichen Ländern, wie wenig man sich auf sie verlassen kann, wenn es um die „Mühen der Ebenen“, die alltägliche Arbeit zum Wohle der Bürger geht; aber darauf kann man sich nicht verlassen. Der alte Satz aus der Schweiz scheint daher immer noch angebracht: „Nur die dümmsten Kälber, wählen ihren Schlächter selber!“ Man muss die, die sich den Staat aneignen und autoritär verändern wollen, nicht fördern.

Also, was dann? Klar ist, dass Europa durchaus Kräfte entwickeln kann, die seiner Rolle in der Welt angemessen sein können. Doch wegen der US-Amerikanischen Politik müsste das sehr schnell gehen. Auch Russlands Gelüste sich auszudehnen mahnen zur Eile. Es besteht daher die Gefahr, dass den Europäern die Zeit davon läuft.

Für Europa ist es schlecht, wenn das starke Deutschland schwächelt. Der englische Brexit ist ebenfalls nicht hilfreich und die Quertreiber in Europa (Orban & Co.) helfen ebenfalls nicht. Wenn man dann daran denkt, dass Europa nicht einmal das kleine Problem der Zeitumstellung zu lösen vermag, dann könnte man angesichts der weltweiten Probleme verzagen.

Man wird vermutlich nicht darum herum kommen in Europa viel Geld für das Militär auszugeben, auch, wenn die wirtschaftlich Stärke eigentlich viel beeindruckender sein sollte.

Wenn Europa diese Herausforderungen meistern will, dann muss es auch die Flüchtlinge fair auf alle Länder verteilen und nicht einige mit ihnen allein lassen. Sich die Flüchtlinge gegenseitig zuzuschieben, wie es Deutschland gerade plant, ist kein solidarisches Verhalten.

Dass im Wahlkampf das Thema Flüchtlinge völlig unangemessen in den Vordergrund gerückt wurde, war falsch. Sicher kann kein Land alle Flüchtlinge der Erde aufnehmen, vor allem dann nicht, wenn der Klimawandel die Zahlen hoch treibt. Aber gemeinsam und solidarisch könnte man das Leid der Flüchtling sicher lindern. Vielleicht ließe sich mit ihrer Hilfe auch der Mangel an Personal verringern, und damit Menschen, die in die Kranken- und Rentenkassen einzahlen, eine neue Heimat geben und zugleich die soziale Absicherung Aller verbessern.

Genau so wichtig, wäre es aber auch die Ursachen für Flucht und Vertreibung zu bekämpfen, damit möglichst wenige fliehen müssen. Der Klimawandel vertreibt viele aus ihrer Heimat, obwohl er von den Industrieländern gefördert wurde, die sich nun drücken.

Wenn es gelingen soll, dass die ca. 8 Milliarden Menschen auf diesem Planeten satt werden und in Frieden leben, dann kann das nur gelingen, wenn wir uns darauf besinnen, dass die Menschheit seit Jahrtausenden nur dank Hilfsbereitschaft überleben konnte. Dazu würde auch gehören, dass man die vielen unerwünschten Nebenwirkungen von Machtmissbrauch und Wirtschaftssystem zur Kenntnis nimmt und versucht anders, eben solidarischer zu wirtschaften.

Eine wirkliche Erneuerung der Demokratie und der Politik ist von den Konservativen nicht zu erwarten und aus Angst stimmen viele Menschen in vielen Ländern für konservative bis populistische Regierungen. Das wird die Probleme nicht lösen, sondern eher verschärfen.

Was wir statt dessen bräuchten, wäre ein Plan, der eine solidarische Lastenverteilung enthält, aber auch dem Einzelnen eine Chance auf sein bescheidenes Glück aufzeigt. Die Kriegstreiber gehören eigentlich vor ein Gericht gestellt, weil sie das Wohl der Menschheit gefährden und Mittel für Militär binden, die man besser zum Bremsen des Klimawandels einsetzen sollte. Man wird vorläufig nicht ohne Militär auskommen, das aber langfristig mehr die Rolle der Polizei übernehmen könnte, wenn wir gelernt haben mit weniger Militär auszukommen.

Klug wäre einerseits ein „Kassensturz“ um fest zu stellen, wo wir stehen und andererseits eine Rangliste von wichtigen Vorhaben, wobei neben dem Klimawandel, den wir bremsen müssen, Ernährung und sauberes Trinkwasser ganz oben stehen müssten. Je fairer die Lebensbedingungen weltweit verteilt sind, desto weniger Menschen müssen fliehen und desto besser dürften sich die Lebensbedingungen überall entwickeln. Das wäre noch lange kein Paradies auf Erden, denn wir werden mit Sicherheit auch in Zukunft Fehler machen, aber wenn wir daraus lernen, könnte es ganz langsam ein klein wenig besser werden.